

# NZZ am Sonntag

## Kreditkartengebühren

Die Anbieter langen kräftig zu, weil wir uns nicht wehren

Schweizer benutzen ihre Kreditkarten am liebsten, um Flüge zu zahlen oder in den Ferien die Hotelrechnung zu begleichen. Das ist oft teuer: Fluggesellschaften wie die Swiss schlagen Zusatzgebühren auf Internetbuchungen, die mit der Kreditkarte berappt werden. Diese liegen über den Kosten, die der Airline effektiv entstehen. Und die Hotelrechnung im Ausland verteuert sich, weil die Unternehmen jeweils satte Bearbeitungsgebühren für Transaktionen in Fremdwährungen verrechnen. Nun kommt noch eine neue Gebühr dazu, die eine Mehrheit der Kartenanbieter in den letzten Monaten eingeführt hat - auf Zahlungen im Ausland in Franken. Kurz: In dieser Branche wollen alle möglichst viel verdienen. Wir erleichtern das den Firmen, weil wir - wie bei Krankenkasse und Telefonie - oft zu träge sind, den Anbieter zu wechseln. Man kann darin eine gewisse Wohlstandsverwahrlosung sehen. Doch der Konditionenschwungel ist auch darauf angelegt, Vergleiche zu erschweren. Natürlich darf eine gute Dienstleistung etwas kosten. Die Kartenanbieter und ihre Partner sollten den Bogen allerdings nicht überspannen. Derzeit sind Firmen wie Apple, Paypal oder Twint daran, das Zahlungswesen aufzumischen. Passen die Kartenanbieter nicht auf, werden sie verdrängt. Unser Mitleid würde sich in Grenzen halten. (stä.)

## China

Masterplan für die Eroberung des Weltfußballs

«Chinas Präsident Xi Jinping hat drei Träume. China soll sich für eine WM qualifizieren, eine WM ausrichten und eine WM gewinnen.» Das sagte der Milliardär Wang Jianlin, als er letztes Jahr den Zuger Sportrechte-Vermarkter Infront übernahm. Derzeit belegt China in der Fifa-Weltrangliste Rang 81, hinter St. Kitts und Nevis. Aber der von oben gewünschte Aufstieg wird mit kolossalem Aufwand vorangetrieben. Diese Woche kauften chinesische Investoren die AC Mailand. Wahrscheinlich folgt das englische Team West Bromwich Albion. Andere Chinesen halten bereits Anteile an Inter Mailand, Manchester City und Atlético Madrid. Es geht bei den Deals um wirtschaftliche Interessen und Prestige, aber nebenbei auch um Wissenstransfers: In Kooperation mit Europas Top-Klubs entsteht in China eine Fussballschule nach der anderen. Erfolg ist nicht garantiert. Schon als russische Oligarchen anfangen, irrwitzige Summen in englische Teams zu stecken, wurde gewarnt, so gehe der Fussball kaputt - was nicht passierte. Aber China hat es erfolgreich geschafft, seine Wirtschaft mit langfristigen Masterplänen zu modernisieren. Jetzt folgt ein Masterplan für die Eroberung des Weltfußballs. Er wird den Sport verändern. (smb.)

## Christoph Blocher

Ein Medienimperium ist sein Ziel

Über Blochers Pläne für eine Gratis-Sonntagszeitung dürfte sich der SRG-Chef Roger de Weck gefreut haben. Denn je klarer der verlegerische Ehrgeiz des SVP-Patrons, desto grösser ist der politische Sukkors für die SRG. Tessiner, Welsche, SP und CVP sehen in dieser Institution den Schutzwall gegen ein drohendes Blocher-Medienimperium. An diesem wird seit Jahren gearbeitet. Der Sonntagsmarkt mag interessant sein. Das primäre Ziel von Blocher sind aber die Regionen. Er realisiert, dass ihm die «Basler Zeitung» politisch nichts nützt. Bern, Luzern, St. Gallen, das Zürcher Oberland: Das ist SVP-Revier. Die entsprechenden Zeitungen will er in seinen Besitz bringen, allenfalls im Tausch gegen die «Basler Zeitung». Keine Frage: Er bleibt dran. (fem.)

## Chappatte im Sommer



## Der externe Standpunkt

# Gebt den Bauern statt Subventionen lieber goldene Fallschirme

Die Schweizer Landwirtschaft kostet uns enorm viel. Nötig wäre eine Umstrukturierung, damit weniger Bauern auf einer gleich grossen Fläche effizienter wirtschaften können, meint Reiner Eichenberger

Die Schweizer Landwirtschaftspolitik steckt in einer Sackgasse. Sie schützt laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Schweizer Bauern doppelt so stark wie jene in der EU. Trotzdem fordern viele hiesige Bauern noch mehr Schutz. Eine fruchtbare Lösung kann da nur eine offene gesellschaftliche Diskussion bringen. Dazu acht Thesen:

1. Die Landwirtschaft leistet wichtige Beiträge zur Landschaftspflege und zur Ernährungssicherheit. Aber: Das würde sie auch tun, wenn die Märkte offener und die Subventionen kleiner wären. Dann würde etwa gleich viel Land wie heute bewirtschaftet, aber von weniger und dafür etwas grösseren Betrieben und auf weniger intensive Art. In puncto Ernährungssicherheit, Landschaftspflege und Ökologie wäre das wenigstens so gut wie heute.
2. Die Kosten der heutigen Landwirtschaftspolitik sind riesig. Jährlich belastet sie den Bund und die Kantone mit rund 4,0 Milliarden Franken, davon 2,9 Milliarden Direktzahlungen. Zudem bringt der Grenzschutz höhere Produzentenpreise und so gemäss OECD weitere Transfers von gegen 2 Milliarden zugunsten der Landwirtschaft. Dagegen beträgt die Nettowertschöpfung der Landwirtschaft trotz hohen Preise nur rund 2 Milliarden Franken.
3. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind noch viel höher. Durch die Marktabschottung für Landwirtschaftsgüter wird es ausländischen Detailhandelsketten in der Schweiz erschwert, als harte Wettbewerber aufzutreten, was eine wichtige Ursache für die hohe Marktkonzentration im Detailhandel und für die Preisinsel Schweiz ist. Zudem wird der starke Landwirtschaftsschutz immer mehr zur Bremse für internationale Handelsabkommen der Schweiz. Beides zusammen kostet sehr viele Milliarden.
4. Die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft sind erstaunlich. Das wohl wichtigste Einkommensmass, der mittlere jähr-

liche Arbeitsverdienst pro ganze Familienarbeitskraft, betrug von 2012 bis 2014 gemäss amtlicher Schätzung 47 857 Franken pro Jahr. Aber: Im oberen Viertel aller Betriebe beträgt es im Mittel 102 906, in der Talregion sogar 120 894 Franken; davon träumen die allermeisten Subventionszahler. Hingegen beträgt es im unteren Viertel im Mittel nur 5884 jährlich, in der Bergregion sogar nur 2426 Franken. Die Zahlen spiegeln, dass der Ertrag landwirtschaftlicher Arbeit aus viel mehr als Geld bestehen muss und weniger von Subventionen abhängt als davon, wie ein Bauer wirtschaftet.

5. Trotz den unglaublich tiefen unteren Einkommenszahlen ist das sogenannte Bauernsterben weitgehend eine Mär. In kaum einer anderen Branche treten so viele Kinder beruflich in die Stapfen ihrer Eltern. Konkurse sind selten. Betriebe werden dann geschlossen und verkauft, wenn ihre Leiter in Pension gehen, aber keine familieneigenen Nachfolger haben.

6. Es ist höchste Zeit, dass die Landwirtschaftspolitik neu ausgerichtet wird. Die Märkte müssen wenigstens gegenüber Europa geöffnet, die Direktzahlungen abgebaut und den Bauern mehr unternehmerischer Freiraum gewährt werden. Langfristig wäre das auch für die Bauern gut. Direktzahlungen sollte es nur für Leistungen geben, die ohne Subventionen nicht erbracht werden. Fast alle anderen Branchen erbringen für die Allgemeinheit ebenfalls sehr wichtige Leistungen ohne Subventionen. Es gibt keinen Grund, die Landwirtschaft anders zu behandeln. Direktzahlungen braucht es aber für die Berglandwirtschaft sowie aussergewöhnliche ökologische Zusatzleistungen.

7. Mit der Marktöffnung und Subventionskürzungen würde die Umstrukturierung der Landwirtschaft beschleunigt. Die Betriebsaufgabe durch die einen erlaubt es den anderen, ihre Betriebe zu vergrössern und als freiere Unternehmer mit noch mehr Berufsfreude ebenso gut wie heute zu verdienen.

8. Entscheidend ist der Umstrukturierungsprozess. Die langfristigen Gewinne für die Konsumenten und die ganze Volkswirtschaft wären riesig und viel grösser als die Verluste der Bauern. Deshalb könnten die Bauern für den Wegfall der zukünftigen Subventionen, auf die sie ihre Betriebe und Planung ja ausgerichtet haben, grosszügig entschädigt werden, mit einer Art goldenem Fallschirm. Die Politik müsste da einen fairen und glaubwürdigen Entschädigungsmechanismus entwickeln. Dazu ein Vorschlag: Der Wert des landwirtschaftlichen Ertrags sowie die Subventionen schlagen sich direkt in den Preisen für Landwirtschaftsland nieder. Durch die Liberalisierung der Landwirtschaftspolitik würden also längerfristig die Landpreise fallen. Der Landwertverlust würde recht genau den Verlust der Bauern durch die neue Politik spiegeln. Damit wäre es ein Leichtes, die Bauern angemessen zu entschädigen. Ergänzend könnte es den Bauern erlaubt werden, ihre Gebäude freier umzunutzen, zu vermieten und zu verkaufen.

## Reiner Eichenberger



Reiner Eichenberger, 55, lehrt als Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg. Daneben ist er Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management and the Arts (CREMA) in Zürich und Mitherausgeber der internationalen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift «Kyklos».